

#GIDSstatement 7/2020

Bastian Volz

Nukleare Teilhabe – Ungeliebter Pfeiler transatlantischer Sicherheit

Zur Multidimensionalität einer grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderung

#GIDSstatement | Nr. 7 / 2020 | Juli 2020 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Bastian Volz, Nukleare Teilhabe – Ungeliebter Pfeiler transatlantischer Sicherheit. Zur Multidimensionalität einer grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderung, #GIDSstatement 7/2020, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Nukleare Teilhabe – Ungeliebter Pfeiler transatlantischer Sicherheit

Zur Multidimensionalität einer grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderung

1 Worum es geht

Die Frage nach Fortsetzung oder Beendigung der Nuklearen Teilhabe Deutschlands im NATO-Rahmen hatte sich eigentlich gar nicht gestellt. Der Koalitionsvertrag¹ enthält dazu schließlich entsprechende Abmachungen der Regierungsparteien. Aber die Entscheidung bezüglich eines Nachfolgesystems für den sehr in die Tage gekommenen Jagdbomber Tornado, das den Anforderungen einer Nuklearen Teilhabe gerecht wird, drängt. Spätestens die entsprechenden Erklärungen der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im Verteidigungsausschuss am 21. April 2020 zur Beschaffungsplanung haben dem Thema erneut Aktualität und Prominenz verliehen. Insbesondere aber die kurz darauf folgenden Aussagen des Fraktionsvorsitzenden der SPD, MdB Mützenich, in einem Interview des Tagesspiegels vom 3. Mai 2020,² in dem er die Teilhabe grundsätzlich infrage stellt, haben eine Flut an Kommentaren und Beiträgen nach sich gezogen und zu einer kontroversen, mehrwöchigen Debatte geführt. MdB Mützenich hatte in einem Artikel im IPG-Journal³ selbst noch einmal nachgelegt und seine ursprünglichen Aussagen leicht entschärft. Die Diskussion war zu diesem Zeitpunkt freilich schon entbrannt.

Plakativ reichte das Spektrum von „Es wird Zeit, dass Deutschland die Stationierung (von US-Kernwaffen) zukünftig ausschließt“ (Mützenich)⁴ und „Die Nukleare Teilhabe ist nicht mehr zeitgemäß“⁵ bis „Unsere Außen- und Sicherheitspolitik darf nie ein deutscher Sonderweg sein“ (AM Maas)⁶ und „Bei der nuklearen Teilhabe geht es nicht einfach um Symbolpolitik. Sie ist weiterhin ein Faktor internationaler Stabilität“.⁷ In den Zwischenräumen werden auch Fragen gestellt, wie zum Beispiel „Muss Russland noch atomar abgeschreckt

1 CDU/CSU/SPD 2018: 147.

2 Mützenich 2020a.

3 Mützenich 2020b.

4 Mützenich 2020a.

5 Rosen 2020.

6 Monath 2020.

7 Rühle 2020.

werden?“⁸ oder „Taugen Atomwaffen noch als Abschreckung?“⁹ oder „Welchen Sinn haben deutsche Atombomben?“¹⁰

Worum also geht es in der Debatte? Geht es um die grundsätzliche Glaubwürdigkeit nuklearer Abschreckung? Oder nur um ihre spezifische Ausprägung in der Nuklearen Teilhabe? Um ihre Legitimität? Diese Fragen müssen gestellt werden, aber es geht um noch viel mehr: um die Bedeutung der transatlantischen Allianz für die Sicherheit Deutschlands und Europas sowie um Deutschlands Rolle innerhalb der Allianz – Symbolpolitik ist dabei ausdrücklich nicht das beherrschende Thema, im Fokus stehen die gegensätzlichen Vorstellungen und Strategien zur Gewährleistung und Ausgestaltung von Sicherheit, Stabilität und Frieden.

In diesem Statement soll aufgezeigt werden, inwieweit die Aufgabe der Nuklearen Teilhabe zum jetzigen Zeitpunkt die Position Deutschlands im Bündnis und seine Sicherheit beeinflussen könnte. Es wird gefragt, ob sich die deutsche Position in Bezug auf die nukleare Rüstungskontrolle durch einen Austritt verbessern würde und welche (nuklear-)strategischen Implikationen sich ergeben könnten.

Nukleare Teilhabe ist ein unbequemes Thema. Dies lässt sich zum einen darauf zurückführen, dass allein die Vorstellung von amerikanischen Nuklearwaffen auf deutschem Boden der deutschen Bevölkerung eher Unbehagen bereitet, was sich regelmäßig in Umfragen widerspiegelt.¹¹ Wenn also eine Mehrheit der Bevölkerung dieses Modell im Grunde ablehnt, ist es folgerichtig und erwartbar, dass politische Entscheidungen für den Erhalt der Teilhabe nur zögerlich oder auch weniger sichtbar getroffen werden. Allerdings könnte gerade die fehlende Sichtbarkeit – und damit der Wegfall von leicht zugänglichen Informationen, die die Beurteilung innerhalb der Gesellschaft wesentlich beeinflussen könnten – auch ein Grund für die generelle Ablehnung sein. Insofern ist eine breite Debatte, wie sie MdB Mützenich in seiner zweiten Wortmeldung fordert,¹² sicherlich zu begrüßen.

Andererseits ist das Thema auch deshalb unbequem, weil es ethisch scheinbar schnell entschieden werden kann, sich jedoch im Kontext der Internationalen Beziehungen als hochgradig komplex entpuppt und eine Vielzahl an Dilemmata entfaltet. Zudem enthält die Nuklearstrategie gewisse Paradoxien, die nicht immer leicht nachzuvollziehen und ganz sicher nicht leicht zu vermitteln sind. In der Debatte wird man um eine Auseinandersetzung mit der Komplexität und der eigentümlichen Logik nicht herumkommen, was bei jedweder Entscheidung zu berücksichtigen ist – Schnellschüsse und eine Reduzierung auf Schlagworte werden dem nicht gerecht. Ziele der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sind regionale und globale Sicherheit sowie Stabilität und

⁸ Lehmig 2020.

⁹ Pindur 2020.

¹⁰ Fuhrhop et al.

¹¹ FAZ online 2020.

¹² Mützenich 2020b.

Frieden. Für deren Gestaltung müssen die sicherheitspolitischen und strategischen Gegebenheiten umfassend berücksichtigt werden.

2 Kommentierung zentraler Diskussionsanstöße

MdB Mützenich spricht sein Misstrauen gegenüber Präsident Trump offen an und beklagt, dass dieser die in Deutschland lagernden Waffen ohne Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland in einer Konfliktsituation einsetzen könnte und dies auch tun würde: „Glaubt wirklich jemand, dass sich Donald Trump, wenn er einen nuklearen Einsatz plant, von Deutschland abhalten ließe, nur will wir ein paar Sprengköpfe transportieren [...]?“¹³ Dabei handelt es sich um ein klassisches Strohmann-Argument, denn es geht bei der Nuklearen Teilhabe nicht um das Handeln der USA, sondern um das der NATO. Richtig ist, dass der Einsatz dieser Waffen vom US-Präsidenten autorisiert werden muss. Aber wenn es um einen Nuklearwaffeneinsatz im NATO-Rahmen geht (und nur über diesen kann an dieser Stelle diskutiert werden), dann müsste dieser zuvor von der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO, in der alle NATO-Staaten außer Frankreich vertreten sind, *einstimmig* beschlossen werden. Die Aussage, *dieser* Präsident könne diese (NATO-assignierten) Waffen und Trägersysteme einfach im Alleingang einsetzen, ist also irreführend. Zudem: Gerade wenn man dem US-Präsidenten Unberechenbarkeit und Eskalationsbereitschaft unterstellt, so muss man den eigenen Zugriff und die eigene Einflussnahme auf die Nuklearpolitik der Allianz weitmöglichst erhalten und gestalten. Hierin liegt die Stärke des Multilateralismus und multilateraler Organisationen: sie vermögen durch ihre innere Verfasstheit eskalatorische Ausschläge Einzelner abzuschwächen oder auch gänzlich zu verhindern. Ein deutscher Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe würde dieses Prinzip geradezu untergraben und im Grunde nichts anderes bedeuten, als es dem US-Präsidenten in seinem unilateralen Handeln gleichzutun. Man mag sich dann zwar mit Blick auf die Nuklearbewaffnung in moralisch höheren Gefilden wähnen, hätte aber doch zugleich das Bündnis, die Multilateralität sowie letztlich auch Glaubwürdigkeit und Sicherheit beschädigt. Das Gegenteil von „gut“ wäre dann „gut gemeint“.

In der Diskussion wird außerdem vielfach angeführt, dass Deutschland auch ohne Nukleare Teilhabe durch die Teilnahme an der NPG unveränderten Einfluss auf die Nuklearpolitik der Allianz nehmen könnte. Dies kann allerdings angezweifelt werden, denn es ist mehr als plausibel anzunehmen, dass sich im Zuge der Sitzungen der NPG und ihrer Arbeitsgruppen die Nuklearwaffenstaaten und die Teilhabestaaten in allen Nuklearfragen der Allianz in informellen Formaten sehr eng abstimmen. Schließlich stellen sich Fragen der praktischen Ausgestaltung der Teilhabe und der Nuklearpolitik, die besser im engen Kreis beraten werden. Zugleich werden entsprechend die Befassungen des großen Mitgliederkreises vorschattiert. Zu behaupten, dass nach der Aufgabe der Nuklearen Teilhabe der vormalige Einfluss erhalten bliebe, widerspricht also der

¹³ Mützenich 2020a.

Praxiserfahrung. Richtig ist, dass ein Veto auch in der NPG eingelegt werden kann. Dies hat aber mit Gestaltung und aktiver Einflussnahme deutlich weniger zu tun.

Im Folgenden wird auf die bündnispolitische, rüstungskontrollpolitische sowie strategische Dimension eingegangen. Es werden Argumente angeboten, die einerseits noch einmal deutlich machen sollen, dass die Frage der Nuklearen Teilhabe komplexer ist, als bisweilen dargestellt, und die es andererseits in einem „offenen und ehrlich gemachten Diskurs“ zu schärfen und miteinander abzuwägen gilt.

3 Bündnispolitische Dimension

In der NATO ist die Debatte zur nuklearen Komponente in Vorbereitung auf ein neues strategisches Konzept in den Jahren 2009/2010 intensiv geführt worden. Außenminister Westerwelle, angetreten mit dem expliziten Ziel, den Abzug der Nuklearwaffen zu erreichen, konnte sich bei den Alliierten – vorrangig den Nuklearwaffenstaaten, aber auch bei einigen osteuropäischen Verbündeten – allerdings nicht durchsetzen. Grundlage seines Vorgehens war die Verankerung im Koalitionsvertrag, dass sich die Regierung für den Abzug der US-Atombomben von deutschem Staatsgebiet einsetzen werde. Die Wortwahl war dabei vorsichtig („im Bündnis dafür einsetzen“;¹⁴ also ausdrücklich kein „Sonderweg“), doch die Partner ließen sich nicht überzeugen. Das Ergebnis findet sich im Strategischen Konzept der NATO von 2010 und dem daraufhin erarbeiteten *Deterrence and Defence Posture Review* (DDPR) von 2012 wieder. Die NATO bleibt eine nukleare Allianz, solange es Nuklearwaffen auf der Welt gibt, und sie setzt sich zugleich dafür ein, die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen.¹⁵ Mit den Ereignissen des Jahres 2014 in der Ukraine und mit der russischen Annexion der Krim wurde die Rückversicherung insbesondere der osteuropäischen Verbündeten zur wesentlichen Aufgabe im Bündnis. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Russland seine militärischen Aktivitäten auch mit nuklearen Botschaften abgesichert hatte,¹⁶ die der Westen und die NATO durchaus verstanden haben. Plötzlich war und ist Russland nicht mehr der „strategische Partner“ von 2010, denn mit den völkerrechtswidrigen Handlungen in der Ukraine wurde es ganz offenkundig zum Gegenakteur. Die nukleare Dimension geht dabei über das nukleare Messaging während des Ukraine-Konflikts hinaus: (1) russische Übungen beinhalten grundsätzlich auch

¹⁴ CDU/CSU/FDP 2009: 120.

¹⁵ NATO Public Diplomacy Division 2010: 5.

¹⁶ Während der Ukraine-Krise in 2014 wurde mehrfach von „Patrouillenflügen“ russischer nuklearbefähigter Bomber sowohl entlang der RUS-UKR Grenze, als auch bis in den Atlantik berichtet. Berichte über Aussagen Putins in 2015 zu einer erwogenen Alarmierung der Nuklearstreitkräfte im Zuge der Ukraine-Krise können im Grunde genommen als ex-post-messaging mit nachhaltig abschreckender Wirkung angesehen werden. „Im Konflikt um die Krim stand Russlands Präsident kurz davor, die Nuklearwaffen seines Landes in Alarmbereitschaft zu versetzen. Laut russischem Staatsfernsehen habe Putin so auf eine mögliche westliche Einmischung reagieren wollen.“ (Korge 2015).

Nuklearstreitkräfte und enden im Übungsgeschehen stets mit dem Einsatz von Nuklearwaffen (bspw. Zapad 13/17); (2) es wird zudem von einer erheblichen Disparität der Anzahl in Europa positionierter taktischer bzw. substrategischer Nuklearwaffen zugunsten Russlands ausgegangen;¹⁷ (3) die Entwicklung einer nuklearbefähigten Mittelstreckenrakete (INF-Vertragsbruch) sowie (4) die Stationierung von Dual-Use-Raketensystemen in Kaliningrad, um nur einige Beispiele zu nennen. In dieser Lage kommt Deutschland nach wie vor die Rolle zu, sich im Bündnis für Maß und Mitte einzusetzen und dabei sowohl glaubwürdig die Anstrengungen der Allianz bezüglich der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu unterstützen, als auch Wege für kooperative Ansätze der Sicherheit mit Russland sowie entsprechende Gesprächsangebote zu entwickeln und voranzubringen. Dies ist vor dem Hintergrund der äußeren und inneren Dynamik der Allianz eine äußerst komplexe Herausforderung, die Deutschland gut durchdacht und fein abgestimmtes außen- und sicherheitspolitisches Handeln abverlangt.

Welche Auswirkungen würden sich durch einen Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe ergeben und welche Signale werden im Ansatz bereits durch die kontroverse Ausstiegsdiskussion gesendet?

- Der Zeitpunkt dieser Diskussion ist bündnispolitisch problematisch – auch und insbesondere vor dem Hintergrund der deutlich sichtbaren Zentrifugalkräfte. Waren die Anstrengungen zum Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe 2009/2010 noch von der „Reset-Politik“ Obamas in Bezug auf das Verhältnis zu Russland (nach dem Georgien-Krieg 2008) und von der entsprechenden Würdigung Russlands im Strategischen Konzept begleitet, so gibt es seit 2014 ein deutlich erhöhtes Bedrohungsempfinden insbesondere seitens der osteuropäischen Verbündeten gegenüber Russland. Auch vor dem Hintergrund der sehr zögerlichen Annäherung Deutschlands an das 2%-Ziel der NATO bedeutet eine Abkehr von der Nuklearen Teilhabe zum jetzigen Zeitpunkt einen deutlichen Verlust an Glaubwürdigkeit Deutschlands innerhalb der Allianz. Die Sicherheit der NATO basiert ultimativ auf den nuklearen Schutzgarantien der Nuklearstaaten der Allianz und deren Glaubwürdigkeit, die auch auf dem bewährten Konstrukt der Nuklearen Teilhabe fußt. Diese zum jetzigen Zeitpunkt infrage zu stellen, wird ganz sicher in Teilen der NATO als Unterminierung des Artikels 5 verstanden werden.

¹⁷ Gemäß Bulletin of Atomic Scientists besteht das russische Arsenal an taktischen Nuklearbomben aus etwas mehr als 1.800 Waffen in unterschiedlichen Rollen und in zentraler Lagerung (in und außerhalb Europas). Für die USA wird in dieser Kategorie von 300 B-61-3/4 für Dual Use Aircraft (DCA) ausgegangen, von denen angenommen wird, dass sich 150 in Europa befinden. Weitere B61-7 und ALCM/W80-1 auf *strategischen* Bombern, die nicht in der taktischen/substrategischen Kategorie zuzuordnen sind. Die ca. 50 W76-2 allerdings müssten in dieser Kategorie gesehen werden und werden auf SSBN mitgeführt und durch SLCM verbracht. Hinzu kommen 54 französische ASMP, die der von der NATO unabhängigen, strikt nationalen Planung Frankreichs unterliegen (Kristensen/Norris 2018a; Kristensen/Norris 2018b; Kristensen/Korda 2019).

- Ein unilateraler Ausstieg der Bundesrepublik aus der Nuklearen Teilhabe der Allianz könnte die anderen europäischen Teilhabestaaten innenpolitisch stark unter Druck setzen, denn auch in Belgien, den Niederlanden und Italien ist die Teilhabe nicht unumstritten. Allerdings sind dort grundsätzliche Entscheidungen zu den Folgesystemen der Flugzeuge mit potentieller Nuklearbefähigung bereits getroffen und Investitionen auf den Weg gebracht. Es ist also fraglich, ob auch diese Partner den Ausstieg tatsächlich in Erwägung ziehen würden. Zugleich würde es jedoch zu einer Entfremdung von diesen Teilhabestaaten kommen, hatte man sich doch in den letzten Jahren eng miteinander abgestimmt (auch den USA gegenüber). Sollte Deutschland nicht länger bereit sein, die Last gemeinsam mit den Partnern zu stemmen, könnte es als wichtigster Teilhabestaat dieser Gruppe verloren gehen und gewissermaßen als unsolidarisch gelten.
- Ein weiteres, in der Diskussion bereits adressiertes Problem ist eine mögliche „Proliferation“ der Teilhabe innerhalb der Allianz. Es ist sicherlich illusorisch anzunehmen, dass andere NATO-Alliierte bei einem Ausstieg Deutschlands nicht versuchen würden, in die Nukleare Teilhabe einzusteigen. Z. B. könnte Polen den USA anbieten, die entstandene Lücke zu schließen. Sollte eine Einigkeit der beiden Staaten diesbezüglich bestehen, könnte Deutschland kaum etwas dagegen unternehmen. Zurzeit wird das Bestreben osteuropäischer Verbündeter nach einer stärkeren Einbindung in nukleare Aktivitäten der Allianz durch das Engagement der derzeitigen Teilhabestaaten begrenzt. Dass allerdings eine Ausweitung der Nuklearen Teilhabe auf osteuropäisches Bündnisgebiet die ohnehin angespannten Beziehungen zur Russischen Föderation weiter strapazieren würde und mögliche Türen für den Dialog, Abkommen und kooperative Modelle der gemeinsamen Sicherheit auf Jahre schließt, dürfte klar sein. Das im Juni 2020 veröffentlichte Dekret des russischen Präsidenten zu den grundsätzlichen Prinzipien der Russischen Föderation bezüglich Nuklearer Abschreckung weist ein Verlegen von nuklearbefähigten Waffensystemen in seine direkte Nachbarschaft unmissverständlich als massive Bedrohung seiner Sicherheit aus.¹⁸ Eine Eskalation wäre unausweichlich und die NATO-Russland-Grundakte, die bereits durch mögliche US-Truppenverlegung von Deutschland nach Polen gefährdet sein könnte, wäre endgültig Geschichte. Ein moderater US-Präsident würde einen solchen Schritt möglicherweise ablehnen, aber gerade der Verweis auf Trumps Unberechenbarkeit sollte unterstreichen, wie wichtig es ist, den eigenen Einfluss in den zuständigen Organisationen zu stärken und nicht zu schwächen. Der Austritt aus der Nuklearen

¹⁸ „Basic Principles of State Policy of the Russian Federation on Nuclear Deterrence“ – The President of the Russian Federation – Executive Order; Moskau, 02.06.2020, online verfügbar unter: https://www.mid.ru/en/web/guest/foreign_policy/international_safety/disarmament/-/asset_publisher/rp0fiUBmANaH/content/id/4152094, zuletzt aufgerufen am 17.07.2020. Übersetzung und Kommentar des russischen Textes: Meißner/Pleyer 2020.

Teilhabe würde für Deutschland somit einen negativen Doppelleffekt für die eigene Sicherheitspolitik nach sich ziehen: (1) verminderter Einfluss innerhalb der Allianz und (2) ein nochmals deutlich verschlechtertes sicherheitspolitisches Klima zwischen der NATO und Russland. Beides stünde den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands diametral entgegen.

- Die USA sind mehr als Donald Trump und das transatlantische Verhältnis ist auch trotz dessen Rhetorik für beide Seiten von grundlegender Bedeutung. Noch ist Europa auf den langjährigen Partner angewiesen, da es nicht in der Lage ist, seine Sicherheit umfassend selbst zu garantieren.¹⁹ Auch wenn sich das derzeitige Verhältnis hinsichtlich gemeinsamer Werte und des strategischen Ausblicks als bisweilen schwierig erweist, so muss man sich letztlich immer auch die Frage nach den Alternativen stellen: Größere europäische Eigenständigkeit ist sicherlich wünschenswert, aber bis dahin ist es noch ein langer Weg. Und verbesserte Beziehungen zu Russland und China können eine strategische Partnerschaft mit den USA nicht ersetzen, zumal diese Frage auch das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Westbindung sowie Europazentrierung betrifft. Es wäre naiv zu glauben, dass die Aufgabe der Nuklearen Teilhabe die bilaterale Beziehung zwischen den USA und Deutschland, aber auch das Verhältnis der USA zur NATO, unberührt ließe. Aus amerikanischer Sicht kann die Teilhabe als eine Art Prüfstein für die tatsächliche Bereitschaft Deutschlands gelten, für seine und die Sicherheit der Allianz Lasten zu tragen – nicht nur finanziell, sondern auch ideell.²⁰
- Es wird in diesem Zusammenhang gern auf das französische Angebot zum (nuklear-)strategischen Dialog, das Präsident Macron prominent im Februar 2020 artikuliert hat,²¹ sowie auf dessen mögliches Entwicklungspotential als Alternative zur Nuklearen Teilhabe hingewiesen. Allerdings sollte dabei nicht übersehen werden, dass sich die Blickwinkel Frankreichs und Deutschlands auf das Nukleare grundsätzlich unterscheiden und die Identifizierung von *diesbezüglichen* Schnittmengen im Politischen, im Strategischen und im Operationellen, sofern sie überhaupt vorhanden sind, Jahre andauern kann²² – und dies trotz der Aachener Beistandsklausel.²³ Es dürfte sehr schwierig werden, ein Modell zu finden, das in gleicher Weise zur europäischen Sicherheit beitragen

¹⁹ Fix et al. 2019.

²⁰ Flournoy/Townsend 2020.

²¹ Siehe Rede des französischen Staatspräsidenten zur Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie an der École de Guerre am 07.02.2020 (Macron 2020).

²² Berghofer 2020.

²³ Aachener Vertrag vom 22.01.2019: Artikel 4 (1), <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1570126/fe6f6dd0ab3f06740e9c693849b72077/2019-01-19-vertrag-von-aachen-data.pdf?download=1>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.

kann wie das der Nuklearen Teilhabe der NATO.²⁴ Insofern ist es falsch, das eine aufzugeben, ohne das andere zunächst eingehend geprüft und validiert zu haben. Und da die deutsch-französischen Gespräche zu diesem Thema noch nicht einmal begonnen haben, ist der Zeitpunkt für eine Aufgabe der Nuklearen Teilhabe mit Blick auf diese Alternative nicht nur wie oben erwähnt äußerst ungünstig, sondern pragmatisch gesehen schlichtweg verfrüht. Richtig ist, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam an einem zukünftigen Kampfflugzeug (Future Combat Air System; FCAS) arbeiten und sich hier möglicherweise Anknüpfungspunkte ergeben. Aber die zeitliche Zielgröße liegt bei 2040.

- Die Forderung nach Aufgabe der Nuklearen Teilhabe, ohne Antworten auf die sich daraus ergebenden sicherheitspolitischen Fragen parat zu haben, erscheint gewissermaßen wohlfeil. Zunächst muss untersucht werden, welchen Bedrohungen zu begegnen ist: welche Bedrohungsperzeptionen herrschen in der Allianz vor und welche werden geteilt? Existentielle, souveränitäts- und territorialverletzende Szenare sind dabei sicherlich am „hohen Ende“ des Bedrohungs- und Eskalationsspektrums. Das heißt aber nicht, dass sie auszuschließen sind. Diejenige Seite, die das ganze Eskalationsspektrum mitdenken und im Zweifel darauf vorbereitet sein kann, hat einen Positionsvorsprung vor und während einer Krise. Der russische Präsident hat bereits demonstriert, dass er das Mittel der Eskalation beherrscht. Potentielle Eskalationen lassen sich nur verhindern, indem man sich darauf vorbereitet und über Instrumente verfügt, um aus starker Position sowohl gegenzuhalten als auch zu verhandeln. Abrüstung dient nur dann der gemeinsamen Sicherheit, wenn sie bilateral (bzw. multilateral) vereinbart und durch kooperative sowie verifizierbare Vereinbarungen abgesichert wird. Einfaches Hoffen darauf, dass der jeweils andere „schon nichts im Schilde führt“ oder „es schon nicht so schlimm kommen wird“, bildet keine Grundlage für sicherheitspolitisches Handeln.

4 Rüstungskontrollpolitische Dimension

Es lässt sich feststellen (und dies wird aktuell von einer Vielzahl an Experten und Politikern prominent kritisiert), dass sich die Rüstungskontrolle in äußerst schwierigem Fahrwasser befindet, und zwar sowohl konventionell als auch nuklear. In der Hauptsache ist die Verantwortung dafür bei den globalen Akteuren und in der sich in den letzten Jahren vollzogenen dramatischen Verschlechterung der globalen und regionalen Sicherheitslage zu suchen. Diese Akteure lassen derzeit kein oder nur ein sehr begrenztes Interesse an Modellen der kooperativen Sicherheit und entsprechenden Rüstungskontrollvereinbarungen erkennen. Konventionell geht es dabei um das Wiener Dokument, den KSE-Vertrag und zuletzt auch um den Open-Skies-Vertrag. Im Nuklearen ist der

²⁴ Tertrais 2019.

INF-Vertrag nunmehr Geschichte und der New Start-Vertrag bleibt trotz erster Gespräche zwischen den USA und Russland in Wien im Juni 2020 ohne klare Anzeichen, in die Verlängerung um bis zu 5 Jahre zu gehen. Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) steht bereits seit vielen Jahren und nach mehreren Überprüfungskonferenzen massiv unter Druck; in erster Linie aufgrund der fehlenden Fortschritte im Bereich der Abrüstung durch die Nuklearwaffenstaaten, die stattdessen in Modernisierungs- und Aufrüstungsprogramme investieren. Zusätzlicher Druck entsteht durch die Dynamik des Nuklearwaffenverbotsvertrages von 2017. Es sind also sehr schwierige Zeiten für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und die ihr inhärenten Prioritäten zur kooperativen Sicherheit und Rüstungskontrolle. Sie muss zudem mit dem Paradoxon operieren, dass Deutschland zwar mit hohem Engagement und Aufwand an die Fragen der Rüstungskontrolle herangeht, aber letztlich in Fragen der Rüstung, um deren Kontrolle es meist geht, weder quantitativ noch qualitativ ein Hauptakteur ist, sprich: im Kern Rüstungskontrolle stets bei anderen anmahnen oder multilateral betreiben muss. Es besteht schlichtweg eine Asymmetrie zwischen dem, was Deutschland von anderen reduziert sehen möchte und dem, was es selbst aufgeben müsste (weil von vornherein begrenzte Fähigkeiten vorhanden sind). Die Gründe für diese starke Betonung von Rüstungskontrolle und Forderungen in den jeweiligen Einzelbereichen sind dennoch plausibel und fundiert, stehen doch stets Stabilität, gemeinsame Sicherheit, Transparenz und Vertrauensbildung im Vordergrund. Klar ist aber auch, dass Rüstungskontrolle nicht ohne die entscheidenden Akteure und deren strategische Ausrichtung gedacht werden kann.

Welche Bedeutung hätte nun ein Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe für Fragen der Rüstungskontrolle?

- In erfolgreichen Rüstungskontrollverträgen spielen die Sicherheitsinteressen der Vertragspartner stets eine zentrale Rolle, die Interessen beider Seiten müssen berücksichtigt werden, Zugeständnisse werden nicht ohne weiteres gemacht. Insofern ist es von zentraler Bedeutung, etwas an den Verhandlungstisch bringen zu können und Interessenssymmetrien und -asymmetrien zu erkennen. Das quantitative (Miss-)Verhältnis im Bereich der substrategischen/taktischen Nuklearwaffen in Europa zwischen Russland und den USA ist oben bereits angesprochen worden. Russland hat in der Vergangenheit wenig Bereitschaft gezeigt, überhaupt über diese Waffenkategorie zu verhandeln. Die unilaterale Aufgabe der Nuklearen Teilhabe durch Deutschland oder die NATO insgesamt würde von vornherein eine Schwächung in zukünftigen Verhandlungen bedeuten, wenn nicht sogar deren Zustandekommen überhaupt verhindern.
- Eine starke Triebfeder für aktuelle Forderungen nach Aufgabe der Nuklearen Teilhabe dürfte die Frustration darüber sein, dass die Bundesrepublik Deutschland sich dem Nuklearwaffenverbotsvertrag, dem intuitiv die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zustimmen dürfte, wohl kaum anschließen kann, solange es in der Nuklearen Teilhabe verpflichtet ist.

Die Hoffnung scheint zu sein, dass man ohne diese, also „nur“ als Mitglied in der NATO/NPG, eine bessere Ausgangslage hätte. Das wäre allerdings eine trügerische Erwartung, wie man sehr gut am Beispiel Norwegens sehen kann. Norwegen war Mitbegründer der „Initiative zu den humanitären Konsequenzen von Nuklearwaffen“, die später zum Verbotsvertrag geführt hat. Zugleich ist es aber auch Mitglied der NATO, sitzt als solches folgerichtig in der Nuklearen Planungsgruppe der Allianz und trägt das Strategische Konzept der Allianz samt der Nuklearwaffenpolitik mit. Somit kann Norwegen sich dem Nuklearwaffenverbotsvertrag nicht anschließen²⁵ und führt in dieser Hinsicht eine der deutschen sehr ähnliche Politik, nämlich die Betonung der Bedeutung des NVV und die Ablehnung des Verbotsvertrags. Folgerung: die deutsche Position mit Blick auf den Verbotsvertrag und auf die kommende Überprüfungskonferenz des NVV würde sich durch einen Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe nicht verbessern.

- Der erkennbare Rüstungswettlauf der großen Akteure gibt Anlass zur Sorge. Nicht nur werden dabei Milliardensummen ausgegeben, auch wird das Eskalationsrisiko erhöht. Man kann jedoch festhalten, dass die Beseitigung von Obsoleszenzen, wie ein geplanter Austausch des Waffensystems Tornado durch das Kampfflugzeug F-18 Super Hornet, nicht als Teil dieses Rüstungswettlaufs gesehen werden kann, sondern vielmehr als bestehendes Arrangement der alliierten Sicherheit einen Rüstungswettlauf in Europa geradezu nicht erforderlich machen würde. Ein Abrücken von dem Arrangement der Nuklearen Teilhabe in der NATO würde sicherlich zur Suche nach Alternativmodellen durch die USA und in der Allianz führen, die dann wiederum Teil dieses Rüstungswettlaufs werden könnten. So sehr man den gegebenen Status quo kritisieren mag, er ist vermutlich besser als vieles, das kommen könnte und worin der Einfluss Deutschland ungewiss ist.
- Mit Blick auf die Kosten darf ebenfalls festgestellt werden, entgegen der Andeutungen derjenigen, die jetzt ihre Aufgabe fordern, dass die Nukleare Teilhabe (auch mit dem Ersetzen des Tornados durch eine andere Plattform) ein für Deutschland eher kostengünstiges Modell der Sicherheit darstellt. Zumal abzusehen ist, dass die ohnehin vorhandenen Erwartungen der Verbündeten bezüglich konventioneller „Nachrüstung“ bei Aufgabe der Nuklearen Teilhabe Deutschlands nicht unerheblich steigen dürften. Zudem wäre eine geplante Beschaffung des Systems F-18 Super Hornet als Ersatz für den Tornado auch in anderen Rollen und Fähigkeiten wichtig. Es geht dabei nicht ausschließlich um den Einsatz für die Nukleare Teilhabe.

²⁵ Die norwegische Regierung hat dazu einen Bericht anfertigen lassen, der am 28.11.2018 veröffentlicht wurde: „Review of the consequences for Norway ratifying the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons“, https://www.regjeringen.no/en/dokumenter/review_tpnw/id2614520/, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.

5 Nuklearstrategische/-technische Dimension

In der Diskussion um die Nukleare Teilhabe wird in der Regel von taktischen US-Nuklearwaffen gesprochen. Auch wenn es möglicherweise kleinlich erscheint, so ist die Bezeichnung in dieser Form zumindest irreführend, denn in der NATO wird schon lange nicht mehr von taktischen Nuklearwaffen im eigenen Arsenal gesprochen, sondern vielmehr von „substrategischen“. Damit soll dezidiert zum Ausdruck gebracht werden, dass diese Waffen nicht für das Gefechtsfeld vorgesehen sind. Es geht gerade nicht um „nuclear-warfighting“, wie auch der US NPR 2018 noch einmal ausdrücklich wiederholt. Zweckbestimmung ist nicht die Lösung einer operationellen, militärischen Aufgabe, sondern Abschreckung und damit politische und strategische Funktionen. Das allerdings konstituiert einen grundlegenden Unterschied und stellt schon zu Diskussionsbeginn möglicherweise ein Missverständnis dar. Entsprechend melden sich Stimmen zu Wort, die diese Waffenkategorie als für die NATO obsolet kennzeichnen, weil sie für den Einsatz gegen einen großräumigen konventionell massiv überlegenen Angriff des Warschauer Pakts gedacht gewesen seien und sich eine derartige Lage jetzt gerade nicht darstelle. Das berücksichtigt nicht den Wandel in der Nuklearstrategie der NATO der letzten 30 Jahre.

In dem Interview mit MdB Mützenich von Anfang Mai 2020 führt dieser an, dass die Änderung der US-Nuklearpolitik mit dem US NPR 2018 unter Donald Trump den Einsatz von Atomwaffen *in Europa* „wieder wahrscheinlicher“ gemacht hat.²⁶ Dazu erstens: dieser Einsatz sollte dann ja, wie bereits erwähnt, ein NATO-Einsatz sein und in der Allianz hat sich die Nuklearstrategie nicht verändert. Die auf U-Booten mitgeführten „low yield“-Sprengköpfe des Typs W76-2 und ihre Verbringungsmittel SLCM sind hier sicherlich gesondert zu betrachten, wären aber in einem europäischen Szenario auch zunächst NATO-Angelegenheit.²⁷ Sie scheinen materielle Ausgestaltung der „tailored deterrence“ aus der US NPR 2018 zu sein. Zweitens, und das wird in diesem Gesamtkontext bisweilen gern übersehen, ist es die Russische Föderation, die mit deutlich lauterer nuklearer Rhetorik und mit Überlegungen zum Einsatz taktischer Nuklearwaffen hantiert, deren Bedeutung die USA und die NATO antizipieren und bewerten müssen. Für die NATO gilt jedoch nach wie vor, dass Umstände, die zu Überlegungen über einen Einsatz von Nuklearwaffen führen könnten, extrem entfernt und wenig wahrscheinlich²⁸ sind. Schließt man ihn aus? Natürlich nicht, denn das wäre ja gegen jede Abschreckungslogik und damit entgegen der sicherheitspolitischen Zielsetzung. Wenn man natürlich die Strategie der Abschreckung per se für absurd hält, wird man diesen Argumenten nicht folgen oder vielmehr: folgen können. Freilich ist die Frage der tatsächlichen Wirk-

²⁶ Mützenich 2020a.

²⁷ Hier ergeben sich ganz eigene Herausforderungen. Welchen Sinn macht ein limitierter Angriff aus einem Strategischen U-Boot? Welche Risiken ergeben sich möglichen Fehlinterpretationen? Dazu: Facini 2020.

²⁸ „The circumstances in which any use of nuclear weapons might have to be contemplated are extremely remote.“ (NATO Public Diplomacy Division 2010: Par. 17).

samkeit von nuklearer Abschreckung politisch und akademisch umstritten. Es sei aber festgestellt, dass die maßgeblichen staatlichen Akteure diese Strategie sehr wohl ernst nehmen und entlang ihrer Logik global und regional handeln.²⁹ Diese Strategie für obsolet zu erklären und sich von vornherein abzuwenden, bedeutet, sich dem Diskurs auf der Ebene, auf der er entscheidend sein könnte, zu entziehen. Will heißen: die Nuklearwaffenstaaten, man mag sie in ihrer Position für legitimiert halten oder nicht, decken mit diesen Waffen einen strategischen und sicherheitspolitischen Bedarf, der ohne sie in anderer Weise befriedigt werden müsste. Wer auf dieser Ebene nicht bereit ist, mitzudenken, wird keine glaubwürdigen Antworten und Vorschläge verfügbar haben, wenn es darauf ankommt. Man kommt auf keiner Seite um grundlegende und auch szenario-basierte Überlegungen und Argumentationen herum. Der schlichte Verweis auf Illegitimität hilft in keiner Weise, diese Herausforderung zu bewältigen.

Diese nunmehr neue Herausforderung, der der US NPR 2018 sowie laufende Planungen in der NATO begegnen wollen, ist die auch in Europa geänderte Sicherheitslage seit 2014 sowie die auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen beruhende, aber inzwischen offen diskutierte Annahme, dass Russland bereit ist, einen lokal begrenzten Nuklearwaffeneinsatz vorzunehmen, um dem Gegner zu demonstrieren, dass es bereit ist, nuklear zu eskalieren („escalate to de-escalate“). Die Überlegung ist, dass durch einen solchen Waffeneinsatz der Gegner von der eigenen Entschlossenheit zu eskalieren überzeugt und abgeschreckt wird und der Konflikt zu den für die eigene Seite wünschenswerten Bedingungen beendet werden kann: es wird versucht, auf diese Weise Eskalationsdominanz herzustellen. Ob die russische Seite tatsächlich eine derartige Doktrin verfolgt, ist nicht unumstritten.³⁰ Wenn es aber so ist, dann ist dieses grundsätzliche Konzept nicht gänzlich neu, schließlich fand es sich in anderer Form auch in der NATO-Strategie „Flexible Response“ und findet sich in ganz eigener Ausprägung in französischen Überlegungen zum „letzten Warnschuss“. Das Gefährliche an dieser Vorstellung ist aber, dass die Frage der Eskalationskontrolle völlig ungelöst ist, sowohl praktisch als auch in der akademischen Diskussion.³¹ Dennoch muss darauf von Seiten der USA bzw. NATO eine Antwort gefunden werden. Teile dieser Antwort können in der US NPR 2018 unter dem Stichwort „tailored deterrence“ vermutet werden. Das Dokument aus der Feder des damaligen US-Verteidigungsministers James Mattis ist stringent strategisch abgeleitet und bleibt insgesamt moderat. Es stellt auch keinen grundlegenden Politikwechsel zur (späten) Obama-Administration dar, sondern versucht Kontinuitäten zu wahren und gleichzeitig auf neue Herausforderungen zu reagieren. Insofern erscheinen in der aktuellen Diskussion mehrfach gemachte Verweise auf die US NPR 2018 als ein „Grund zur Beunruhigung“

²⁹ Delpech 2012. In 2. Kapitel weist Delpech auf die Bedeutung der intellektuellen Durchdringung hin, insbesondere da etwaige Gegenspieler in entsprechenden Kategorien denken; auch Rüstungskontrolle kann davon profitieren, dass sie versteht, wie die/der Gegenüber „tickt“.

³⁰ Tertrais 2018 sowie Ven Bruusgaard 2019.

³¹ Morgan et al. 2008.

zumindest einseitig in der Interpretation des Dokuments. Es findet sich darin kein Anhaltspunkt für Überlegungen zur Nutzung auf dem Gefechtsfeld (mit militärischen Zielen) oder zur höheren Wahrscheinlichkeit eines Ersteinsatzes.

Die Darstellung der Nuklearen Teilhabe mit den Dual-Capable Aircraft-Trägersystemen als obsolet, „aus der Zeit gefallen“ oder eben „Relikt des Kalten Krieges“ sowie operationell völlig unbrauchbar, berücksichtigt zudem nicht, dass die Herausforderungen bspw. einer gegnerischen A2AD Fähigkeit den verantwortlichen Einsatzplanern der NATO sehr wohl klar sind. Einen solchen Einsatz zu durchdenken und in seiner Wirksamkeit zu bewerten, ist bei aller Unwahrscheinlichkeit seiner Auslösung die Aufgabe der in den entsprechenden NATO-Hauptquartieren eingesetzten Offiziere. Und dass die Vorstellung von einem einsamen, veralteten, dem Abwurfziel entgegenfliegenden Flugzeug, mit der die vermeintliche Obsoleszenz der Nuklearen Teilhabe gern zu untermauern versucht wird, völlig abwegig ist, zeigen schon die Äußerungen der stellvertretenden NATO-Generalsekretärin Rose Gottemoeller zu dem SNOWCAT³²-Einsatzverfahren.³³ Auch wenn an dieser Stelle nichts weiter zu den Verfahren gesagt werden kann, so sollte nochmals unterstrichen werden, dass es etwas leichtfertig erscheint, wenn in der Diskussion ohne Einblicke (was als „Blackbox“³⁴ beklagt wird, aber doch bis zu einem gewissen Grad unumgänglich ist) in die militärische Expertise, die grundsätzliche Durchführbarkeit infrage gestellt wird. Zugleich wird an dieser Stelle ein Dilemma erneut deutlich: auch wenn der tatsächliche Einsatz extrem unwahrscheinlich ist, so müssen Planer und Piloten denselben so anlegen und üben, dass er mit Erfolg durchgeführt werden könnte. Etwas anderes zu erwarten oder anzunehmen, wäre völlig absurd. Es unterstreicht aber auch, dass die operative Ebene Anspruch auf strategische und politische Klarheit hat.

6 Zusammenfassung und Fazit

Aus den Ausführungen lassen sich folgende Thesen ableiten:

1. Der jetzige Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe würde die Kohäsion der Allianz an ihre Grenzen führen und das transatlantische Verhältnis weit über die Ära Trump hinaus belasten. Sie schlagartig, unmoderiert und unabgestimmt aufzugeben, untergräbt die deutsche Position in der Allianz und in Europa.
2. Das Signal, das Deutschland mit einem unilateralen Ausstieg sendet, unterminiert die grundsätzliche Position zum Multilateralismus.
3. Die einem deutschen Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe potentiell folgenden Anpassungen innerhalb der Allianz könnten die Sicherheitslage in Europa eher verschärfen als sie zu verbessern.
4. Die Frage der Nuklearen Teilhabe von dem jetzigen US-Präsidenten ab-

³² Support of Nuclear Operations with Conventional Air Tactics.

³³ Gottemoeller 2019.

³⁴ Fuhrhop et al. 2020.

hängig zu machen, ist falsch. Deutschland sollte gerade wegen dessen Unberechenbarkeit zentrale Positionen in der NATO, und dazu gehört die Mitarbeit in der nuklearen Teilhabe, nicht preisgeben. Der Einfluss, den Deutschland in der Nuklearen Planungsgruppe hätte ohne zugleich Träger der Nuklearen Teilhabe zu sein, wäre nicht der gleiche.

5. Forderungen nach der Aufgabe dieses Konzepts sollten zumindest begleitet sein von Lösungsansätzen für die Herausforderungen, zu deren Bewältigung die Nukleare Teilhabe eine Rolle spielt; dazu gehören die Fragen der Sicherheit/Abschreckung an der Ostflanke, der Kohäsion der Allianz, der Sicherung des deutschen Einflusses durch Besetzen zentraler Stellen und des Teilens von Lasten. Diesbezüglich wären zudem begleitend grundsätzliche strategische und szenario-basierte Diskussionen zumindest in Expertenkreisen notwendig.
6. Die deutsche Position in den Fragen der Rüstungskontrolle verbessert sich durch einen Ausstieg weder in möglichen zukünftigen Verhandlungen zwischen dem Westen und Russland, noch mit Blick auf den Nuklearwaffenverbotsvertrag.
7. Die Beschaffung eines Nachfolgesystems für den Tornado mit Mehrrollenbefähigung, auch zur Nuklearen Teilhabe, kann nicht als Teil eines Rüstungswettlaufs angesehen werden und verursacht auch keine überproportionalen Kosten.
8. Die Nukleare Teilhabe stellt mit ihren substrategischen Kernwaffen ausdrücklich *keine Befähigung* zur atomaren Kriegsführung dar, sondern leistet einen Beitrag zur politischen Funktion der nuklearen Abschreckung der NATO. Der Einsatz dieser Waffe im NATO-Kontext ist auch durch einen weniger berechenbaren US-Präsidenten *nicht* wahrscheinlicher geworden.
9. Das System der nuklearen Teilhabe der Allianz (US-Nuklearwaffen, Europäische Trägersysteme sowie allianzinterne Verfahren) ist einsatzbereit und wirksam.

Die nukleare Teilhabe ist gewiss nicht alternativlos. Strategische Beratung muss grundsätzlich in der Lage sein, unterschiedliche Möglichkeiten des Handelns aufzuzeigen. Kernaufgabe ist dann, diese mit „Preisschildern“ zu versehen und deren Gesamtwirkung mit Hilfe der alten Clausewitz’schen Formel von der Ziel-Mittel-Wege-Relation zu bewerten. Wenn Frieden, Sicherheit und Stabilität das Ziel sind, dann müssen sich sämtliche Alternativen auch zur Nuklearen Teilhabe umfassend dazu in Relation bringen lassen. Ohne eine solche weitreichende Bewertung den Status quo, trotz all seiner Schwächen, zu verändern, erscheint fahrlässig.

Auch wenn es in wichtigen Fragen der Rüstungskontrolle als Teil dieser Gesamtbetrachtung dringend notwendiger Fortschritte bedarf und diese nicht in eine unbestimmte Zukunft verschoben werden dürfen, müssen die Bemühungen darum auch Antworten auf die bündnispolitischen, rüstungskontrollpolitischen und sicherheitspolitisch-strategischen Fragestellungen und Herausforderungen in dieser Debatte anbieten und berücksichtigen.

Die Grundfrage lautet im Wesentlichen: Wie kann die europäische Sicherheit gewährleistet und dauerhaft stabilisiert werden und gleichzeitig daran gearbeitet werden, die Bedingungen für eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen?

Die Ergebnisse dieser Diskussion sollten letztlich für mehr Klarheit und Selbstvergewisserung sorgen und dabei die deutsche Position im Bündnis und ggf. in zukünftigen Gesprächen stärken und nicht von vornherein schwächen. Es geht im Zuge der Debatte nicht nur um Grundsätzliches, sondern auch um Timing, konkrete Vorschläge (seien es neue Modelle, Anpassungen, Verknüpfungen oder auch Konditionierungen) sowie eine bestmögliche Abstimmung mit Verbündeten und Sondierung bei potentiellen Gesprächspartnern. Es gibt hier keine „Quick-Wins“, sondern nur „dicke Bretter“ zu bohren. Und da ist es gut, wenn hinreichend Klarheit darüber herrscht, wann, wo, mit wem und mit welchem Ziel der Bohrer angesetzt werden soll.

Literaturverzeichnis

- Berghofer, Julia (2020): Breaking the Taboo – Why It Is so Hard to Lead a Strategic Nuclear Dialogue with Germany (Foundation pour la Recherche Stratégique Note Nr. 29/20), <https://www.frstrategie.org/sites/default/files/documents/publications/notes/2020/202029.pdf>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- CDU/CSU/FDP (2009): Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, 17. Legislaturperiode, https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp_0.pdf?file=1, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- CDU/CSU/SPD (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa, Eine neue Dynamik für Deutschland, Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, Berlin (12.3.2018), https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Delpech, Thérèse (2012): Nuclear Deterrence in the 21st Century, RAND Corporation: Santa Monica, CA/Arlington, VA/Pittsburgh, PA, https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2012/RAND_MG1103.pdf, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Facini, Andrew (2020): The Low-Yield Nuclear Warhead: a Dangerous Weapon Based on Bad Strategic Thinking, in: Bulletin of Atomic Scientists vom 28. Januar 2020, <https://thebulletin.org/2020/01/the-low-yield-nuclear-warhead-a-dangerous-weapon-based-on-bad-strategic-thinking/#.XweuQIcMhnc.mailto>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- FAZ online (2020): Bericht zur YouGov-Umfrage „Mehrheit für Abzug aller amerikanischen Atomwaffen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 22.04.2019, <https://www.faz.net/aktuell/politik/mehrheit-gegen-amerikanische-atomwaffen-in-deutschland-16151743.html?service=printPreview>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Fix, Liana/Giegerich, Bastian/Kirch, Theresa (2019): European Security in Crisis, Körber Stiftung International Dialogue/International Institute for Strategic Studies (IISS), https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/koerber-policy-game/pdf/2019/Koerber-Po-

- licy-Game.What-to-expect-if-the-US-withdraws-from-NATO.pdf, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Flournoy, Michéle/Townsend, Jim (2020): Biden-Berater über Nukleare Teilhabe „Das trifft den Kern der transatlantischen Idee“. Gastbeitrag, in: Spiegel online vom 31.05.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/joe-biden-berater-ueber-nukleare-teilhabe-das-trifft-den-kern-der-transatlantischen-idee-a-8c1446db-b1a4-474c-9c13-3037697c2a03>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Fuhrhop, Pia/Kühn, Ulrich/Meier, Oliver (2020): Debatte über nukleare Teilhabe – Welchen Sinn haben deutsche Atombomber? Gastbeitrag, in: Spiegel online vom 30.04.2020, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/f-18-welchen-sinn-haben-deutsche-atombomber-a-63ccf36e-afb6-499e-97bc-c33bc9360ec6>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Gottemoeller, Rose (2019): NATO Nuclear Policy in a Post-INF World. Speech by NATO Deputy Secretary General Rose Gottemoeller at the University of Oslo, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_168602.htm, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2018a): Russian Nuclear Forces, in: Bulletin of the Atomic Scientists 74 (3), S. 185–195, <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1462912>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S. (2018b): United States Nuclear Forces, in: Bulletin of the Atomic Scientists 74 (2), S. 120–131, <https://doi.org/10.1080/00963402.2018.1438219>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Kristensen, Hans M./Korda, Matt (2019): French Nuclear Forces, in: Bulletin of the Atomic Scientists 75 (1), S. 51–55, <https://doi.org/10.1080/00963402.2019.1556003>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Korge, Johannes (2015): Jahrestag der Krim-Krise. Putin wollte russische Atomwaffen aktivieren, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/krim-krise-putin-wollte-russische-atomwaffen-aktivieren-a-1023665.html>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Lehmig, Malte (2020): Amerikanische F-18 für die Bundeswehr. Muss Russland noch atomar abgeschreckt werden?, in: Der Tagesspiegel online vom 22.04.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/amerikanische-f-18-fuer-die-bundeswehr-muss-russland-noch-atomar-abgeschreckt-werden/25762674.html>, zuletzt aufgerufen am 14.07.2020.
- Macron, Emmanuel (2020), Discours du Président Emmanuel Macron sur la stratégie de défense et de dissuasion devant les stagiaires de la 27ème promotion de l'école de guerre, <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/discours-du-president-emmanuel-macron-sur-la-strategie-de-defense-et-de-dissuasion-devant-les-stagiaires-de-la-27eme-promotion-de-lecole-de-guerre>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Meißner, Burkhard/Pleyer, Severin (2020): Zur Nuklearstrategie Russlands. Übersetzung und Kommentar des Dekretes über Prinzipien der nuklearen Abschreckung (#GIDSstatement 6/2020), https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2020/07/GIDSstatement2020_06_Mei%C3%9Fner_Pleyer.pdf, zuletzt aufgerufen am 17.07.2020.
- Monath, Hans (2020): Maas reagiert auf Mützenichs Atomwaffen-Forderung. „Unsere Außen- und Sicherheitspolitik darf nie ein Sonderweg sein“, in: Der Tagesspiegel online vom 04.05.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/maas-reagiert-auf-muetzenichs-atomwaffen-forderung-un->

- sere-aussen-und-sicherheitspolitik-darf-nie-ein-deutscher-sonderweg-sein/25794166.html, zuletzt aufgerufen am 14.07.2020.
- Morgan, Forrest E./Mueller, Karl P./Madeiros, Evan S./Pollpeter, Kevin L./Cliff, Roger (2008): Dangerous Thresholds – Managing Escalation in the 21st Century, RAND Corporation: Santa Monica, CA/Arlington, VA/Pittsburgh, PA, https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2008/RAND_MG614.pdf, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Mützenich, Rolf (2020a): Es wird Zeit, dass Deutschland die Stationierung zukünftig ausschließt – Interview mit Hans Monath, in: Der Tagesspiegel online vom 03.05.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-fordert-abzug-aller-us-ato...deutschland-die-stationierung-zukuenftig-ausschliesst/25794070.html>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Mützenich, Rolf (2020b): Deutschland und die nukleare Teilhabe – Ein Plädoyer für eine notwendige und ehrliche sicherheitspolitische Debatte; in: Internationale Politik und Gesellschaft vom 07.05.2020, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/deutschland-und-die-nukleare-teilhabe-4342/>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- NATO Public Diplomacy Division (2010): Strategic Concept für the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organization. As adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Lisbon 19–20 November 2010, https://www.nato.int/strategic-concept/pdf/Strat_Concept_web_en.pdf, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Pindur, Marcus (2020): Taugen Atomwaffen noch als Abschreckung?, in: Deutschlandfunk vom 19.06.2020, https://www.deutschlandfunk.de/nukleare-teilhabe-taugen-atomwaffen-noch-als-abschreckung.724.de.html?dram:article_id=479007, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Rosen, Alex (2020), Nachrüstung mit Kampfflugzeugen. „Die Nukleare Teilhabe ist nicht mehr Zeitgemäß“, in: Der Tagesspiegel online vom 04.05.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/nachruistung-mit-kampfflugzeugen-die-nukleare-teilhabe-ist-nicht-mehr-zeitgemaess/25799020.html>, zuletzt aufgerufen am 14.07.2020.
- Rühle, Michael (2020): Bei der nuklearen Teilhabe Deutschlands geht es nicht einfach um Symbolpolitik. Sie ist weiterhin ein Faktor internationaler Stabilität. Gastkommentar, in: Neue Zürcher Zeitung vom 09.05.2020, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Tertrais, Bruno (2018): Russia's Nuclear Policy – Worrying for the Wrong Reasons, in: Survival – Global Politics and Strategy 60 (2), S. 33–44.
- Tertrais, Bruno (2019): Braucht Europa einen eigenen Nuklearschirm?, in: Welt online vom 29.11.2019, <https://www.welt.de/politik/ausland/article203903222/Verteidigungsstrategie-Braucht-Europa-einen-eigenen-Nuklearschirm.html>, zuletzt aufgerufen am 13.07.2020.
- Ven Bruusgaard, Kristin (2019): Russia's Nuclear Strategy of Survival, Stanford University.